

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Montage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 25. August. Se. Maj. der König haben Allernächst geruht: dem Branddirektor Schlichting zu Königsberg in Preußen den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Feuermann Stengel dafelbst das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem ebengenannten Feuermann Stengel, dem Feuermann Koepke und dem Spritzenmann Kroßner, sämtlich zu Königsberg i. Pr., die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen; den Privatdozenten Lic. theol. Klostermann in Göttingen zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Universität zu Kiel zu ernennen; und dem Lehrer an der Politechnischen Schule zu Hannover, Architekten Adhler, den Charakter als Baurath zu verleihen.

## Zur Charakteristik der Politik des Grafen Bismarck.

Es ist wohl denkbar, daß die Nachricht über den dem Grafen Bismarck widerfahrenen Unfall bei vielen die Frage anregte, was würde folgen, wenn dieser Leiter unserer äußern und zum Theil auch inneren Politik plötzlich das Staatsruder fallen ließe, woher ließe sich ein Mann nehmen, der von seinen Ideen erfüllt, zugleich das Geschick und den Einfluß hätte, sie auszuführen? Die Antwort auf diese Frage würde nicht leicht sein. Freund und Feind des Grafen Bismarck stimmen darin überein, für ihn vorläufig keinen Ertrag zu wissen; selbst wenn wir uns unter den verbissensten Organen Süddeutschlands umsehen, finden wir, daß sie vom preußischen Standpunkt aus den Grafen Bismarck als den Mann der Lage gelten lassen, mögen sie seine Verdienste noch so sehr verkleinern.

"Neu-Preußen das ist der Graf Bismarck." Mit diesem Satz beginnt in den "historisch-politischen Blättern" ein ultramontaner Abgeordneter des Zollparlaments seine Mittheilungen von dort. An diesen Namen hängt sich ausschließlich die jüngste Vergangenheit und die nächste Zukunft der norddeutschen Monarchie. Nicht, als wenn der regierende König nicht seinen eigenen Willen habe und haben wolle; ganz im Gegenteil. Auch darüber ist Federmann einig, daß dieser Wille ein durchaus ehrlicher sei. Der leitende Minister selber soll mitunter ziemlich unverblümmt zu verstehen geben, daß er eben an diesem Punkte seine schwersten Kämpfe zu bestehen hatte und habe. Aber es ist ihm einmal gelungen, wirklich oder scheinbar eine Lage herbeizuführen, in welcher sich die Art der letzten Entscheidung als durch die Gewalt der Thathachen geboten und unabänderlich darstellte. Und nachdem der erste Schritt geschehen in einem für die ganze Zukunft normgebenden Moment, wird es ein zweites und drittes Mal um so leichter werden, abermals zwingende Situation zu schaffen.

Der Verfasser sucht dann weiter auszuführen, daß Graf Bismarck eigentlich nicht einen bestimmten Plan verfolge, sondern gehen lasse, was gehe. Gerade der Mangel eines politischen Planes scheine sein eigenstes Prinzip zu sein; er warte die Gelegenheiten ab und benütze sie — echt friedericianisch — wie sie kommen. Hier mag sich der Verfasser aber wohl durch den Schein täuschen lassen. Wenn er selbst die Hindernisse anzudeuten wußte, welche Graf Bismarck, zumal während der Konfliktsperiode zu überwinden hatte, um auf seiner Bahn zu bleiben, so konnte er auch begreifen, daß der leitende Staatsmann, der durch die Schule der Diplomatie gegangen, seinen letzten Gedanken nicht vorzeitig proklamiren durfte. Ja aussprechen hielt ihn kompromittieren. Trotzdem ging Graf Bismarck in seiner Offenheit den Kammern gegenüber mitunter bis an die Grenze des Möglichen, aber er hatte das Unglück, vielleicht können wir im Hinblick auf das Ausland sagen, den Vorheil, daß man ihm nicht glaubte.

Wir zweifeln nicht im Geringsten, daß er in seinen "schlaflösen Nächten" weitgreifende Pläne erdacht und sich ein rundes System für Preußen konstruiert hat, er mag sogar manchen Vertrauten darin eingeweiht haben; aus der Hand in den Mund hat er gewiß nicht gelebt, aber wir halten dafür, daß es nicht ein höheres Verdienst ist, Pläne und Systeme zu konstruiren, als auszuführen, ja es scheint uns sogar eine große Gefahr und nicht staatsmännisch zu sein, sich Systeme bis in alle Einzelheiten fertig zu machen und sich in dieselben so festzurennen, daß man unter veränderten Umständen sich nicht leicht davon trennen kann. Es ist eben die Kunst des wirklichen Staatsmannes, selbst wenn er von einem bestimmten politischen Gedanken, dessen Chancen schwankend sind, sich tragen läßt, die Hände immer frei genug zu behalten, um jeden Moment benutzen zu können. Dieses Benützen des Moments, was Mancher Glück nennt, ist in der Politik die Hauptache und macht es eine Eigenthümlichkeit der Friedericianischen Politik aus, so kann sich Preußen gratuliren.

Dass Graf Bismarck heute sein ganzes Programm in Bezug auf die süddeutschen Angelegenheiten darlege, kann wohl mit Grund Niemand verlangen. Im Großen und Ganzen ist sein Gedanke klar, Graf Bismarck hat in seiner Cirkulardepêche vom 7. September v. J. mehr gesagt, als ein anderer an seiner Stelle vielleicht gewagt hätte, und hat er's nicht auch im Reichstage ausgesprochen, daß er sich gar nicht besinnen werde, die Hand Süddeutschlands anzunehmen, wenn sie geboten würde?

Dies ist unverkennbar der Wille der Regierung, wie es andererseits auch positiv gewiß ist, daß sie die Süddeutschen Regierungen zum Eintritt in den Bund nicht drängen wird;

in dieser Politik stimmt sie auch mit dem Gros der Kammerparteien überein. Was ist da also noch unklar oder worüber hätte sich unser Premier noch besonders auszusprechen, um zu beweisen, daß seine Pläne von langer Hand vorbereitet waren und er nicht allein den Eingebungen des Augenblicks folge. Die im August 1866 geschlossenen Schutz- und Trugverträge mit den Südstaaten beweisen das wohl. Wer etwa glaubt, daraus, daß König Wilhelm den Hannoveranern gegenüber mehrfach beteuert hat, es sei nie seine Absicht

gewesen, sie das preußische Schwert fühlen zu lassen, folgern zu können, Preußen habe blos Gelegenheitspolitik gemacht und sich erst ernstlich an das deutsche Einigungswerk gehalten, als es die Möglichkeit des Gelingens sah, der vergift, daß dieses Werk auch gefordert werden könnte, wenn Hannover in anderer Art mit Preußen verbunden wurde. Wollte Hannover nicht den Krieg, so wäre es heute nicht eine preußische Provinz, sondern ein Glied des Nordbundes.

Die preußische Politik ging nur so weit als sie mußte und benützte die Mittel, welche ihrem Zweck entsprachen. Das ist Realpolitik, wie sie Graf Bismarck übt; die "Doktrinär" mögen mit Nasenrumpfen auf sie herabsehen, sie können ihre Erfolge nicht leugnen. Und die Erfolge haben sich denn doch auch mächtig genug erwiesen, die Zahl der deutschen Doktrinärs auf ein Minimum zu reduciren. Sie finden sich heute durch eine wunderbare Laune des Schicksals in den Reihen der extremen Parteien. Die eigentlichen Doktrinärs sind nicht die Nationalliberalen und Gothaer, sondern die Gerlach und Jacoby, denen sich allenfalls die Ultramontanen noch anreihen, alle Mittelparteien und selbst die Kreuzzeitungspartei bekennen sich zu der Politik der That, als deren Begründer für Preußen Graf Bismarck gilt.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 25. August. Der Kronprinz hatte am Sonntag die zur Anwesenheit bei dem bevorstehenden Kavallerie-Mannöver hier eingetroffenen englischen Offiziere, so wie die Attachés der englischen Botschaft zur Tafel nach Potsdam geladen. Gestern Abend ist der Kronprinz in Begleitung des Adjutanten, Hauptmann v. Jasmin, zur Truppeninspektion zunächst nach Schneidemühl abgereist, wird aber schon am Donnerstag bei der Rückkehr des Königs von Weimar wieder hier anwesend sein.

Die Vorarbeiten zur Aufstellung des preußischen Staats-Hauskultus werden, wie man erfährt, mit dem größten Eifer gefördert, gleichwohl ist nach dem jetzigen Stande derselben noch nicht abzusehen, ob es zu ermöglichen sein wird, dem Landtage, falls es bei der Absicht bliebe, die Sessiion schon im Oktober anfangen zu lassen, den Etat gleich nach der Einberufung vorzulegen. Es sollen übrigens die Revolutionen, welche der Landtag bei der letzten Staatsberathung beschlossen hat, bereits mehrfach berücksichtigt worden sein. Dem Landtagsbeginne im Oktober möchte übrigens auch der Umstand entgegenstehen, daß in diesem Monat Provinzial-Landtage einberufen werden sollen. Nach Annahme des Marine-Etats in seiner neuesten Aufstellung durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes sind bekanntlich die projektirten Arbeiten zur Erweiterung der Bundes-Marine in vollstem Umfange wieder aufgenommen worden, es haben dadurch auch viele Gewerbetreibende, und zwar in einem größeren Umfange als es vorher der Fall war, Beschäftigung erhalten. Die Arbeiten am Zadobusen dürften indessen trotz aller Bemühungen durch die Verzögerung der letzten Marine-Etatsberathungen in diesem Jahre nicht in dem Maße zu fördern sein, als es ursprünglich projektiert war.

Die Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg wird am 1. Oktober zu einem außerordentlichen Landtage zusammenentreten. Folgende Angelegenheiten stehen zur Verhandlung: Der Entwurf einer Verordnung wegen Aufhebung und Auflösung der gewerblichen Berechtigungen im Herzogthum Lauenburg, sowie die Entwürfe zu Gesetzen wegen Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und der allgemeinen deutschen Wechselordnung für das Herzogthum Lauenburg u. A.

Die "Rhein. Ztg." bringt folgenden Aufruf an die Liberalen in Rheinland und Westfalen:

Die Zeitungen bringen die Nachricht, daß für das ehemalige Herzogthum Nassau eine allgemeine Landesversammlung zur Berathung provinzialer Angelegenheiten auf den 13. September einberufen ist. Die Nassauer scheinen sich die Hannoveraner zum Vorbilde zu nehmen, von denen wir ja aus dem letzten Landtage wissen, daß ihnen ihr geschlossenes Vorgehen neben so vielen anderen materiellen Vortheilen den bekannten Provinzfonds einbrachte. Es möchte uns scheinen, daß die Zeit vorüber ist, in der Rheinland und Westfalen die Hände müßig in den Schoß legen, und richten wir deshalb an die Führer der liberalen Partei in Köln die dringende Aufforderung, eine Versammlung von Vertrauensmännern aus den westlichen Provinzen zur Berathung staatlicher und provinzieller Interessen schleunigst veranlassen zu wollen.

Auch in den neuen Provinzen soll die Verbesserung der Elementarlehrer-Gehälter zunächst im Verwaltungsweg durchgeführt werden. Die Verhandlungen wegen Erlasses eines die Errichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen in dem ganzen Staate gleichmäßig regelnden Gesetzes haben, wie der Unterrichts-Minister der Regierung in Wiesbaden neuerdings eröffnet, einstweilen noch nicht zu dem erwünschten Ziele geführt.

Wie diese "Eventualität", fährt der Minister fort, "von vornherein ins Auge gefaßt und für die inzwischen zu treffenden Anordnungen maßgebend sein mußte", so darf auch weiterhin eine schon jetzt nothwendige und ausführbare Verbesserung des öffentlichen Volksschulwesens, um der Erwartung eines neuen Gesetzes willen keinen Aufschub erfahren, und in dieser Beziehung namentlich die energische und fördernde Einwirkung der Aufsichtsbehörden nicht fehlen, oder im geringeren Maße geübt werden, als die bestehenden Gesetze irgend zulassen.

Der "K. Z." zufolge hat sich eine große Anzahl Aerzte zu einer Gingabe an das Haus der Abgeordneten vereinigt, um die Entfernung des §. 200 des preußischen Strafgelebuchs aus demselben herbeizuführen. Dieser Bestimmung zufolge sollen nämlich Medicinal-Personen, welche in Fällen einer dringenden Gefahr, ohne hinreichende Ursache, ihre Hilfe verweigern, mit Geldbuße von 20 bis 500 Thalern bestraft werden.

Der Schutz des geistigen Eigenthums der in dem Bereich des Norddeutschen Bundes erscheinenden Schrift- und Kunstdrucke unterliegt gegenwärtig einer mehrfach von einander abweichenden Gesetzgebung. Dijenigen Fragen, welche erst durch die Fortschritte der bildenden und nachbildungenden Künste und Fertigkeiten in den letzten Jahren praktische Bedeutung erlangt haben, zur Zeit der Abschaffung der jetzt geltenden Nachdrucksgekte indessen noch nicht aufgetaucht waren, sind überdies in den meisten der selben noch gar nicht oder nur mangelhaft behandelt. Das Interesse des Buchhandels an einer Gleichmäßigkeit und Vollständigkeit der Gesetzgebung auf diesem Gebiete hat daher sowohl die lokalen als die Centralorgane des deutschen Buchhandels zu Leipzig veranlaßt, die diesfallsigen Wünsche der Betheiligen wiederholt der königlich sächsischen Regierung vorzutragen. In diesem Sinne ist bereits ein von einem Ausschuß des deutschen Buchhandels-Börsenvereins in Berlin 1855 bis 1857 ausgearbeiteter Entwurf zu einem allgemeinen deutschen Gesetze über den Schutz des Urheberrechts an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, der im Oktober 1857 zu Leipzig einer Revision unterzogen wurde, der königlich sächsischen Regierung übergeben und auf Veranlassung derselben bei den Arbeitern einer auf ihren Antrag zusammengetretenen Kommission von Beauftragten verschiedener deutschen Regierungen benutzt worden. — Da der Artikel 4. Nr. 6. der Verfassung des Norddeutschen Bundes den Schutz des geistigen Eigenthums der Gesetzgebung des Bundes überweist, so hat die königlich sächsische Regierung unter dem 12. März d. J. bei dem Bundesrathe des Norddeutschen Bundes den Antrag gestellt: der Bundesrathe wolle die Ausarbeitung eines, womöglich dem Reichstage des Jahres 1869 vorzulegenden Bundesgesetzes zum Schutz des Urheberrechts an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, unter Zugrundelegung des von einem Ausschuß des deutschen Buchhandels-Börsenvereins in Berlin 1855—1857 ausgearbeiteten, im Oktober 1857 in Leipzig revidirten Entwurfs beschließen, zunächst aber den 4. und den 6. August beauftragen, nähere Vorschläge über die Art der Ausführung zu machen.

Da von Seiten der königlich preußischen Regierung die Bearbeitung eines Entwurfs zu einem Bundesgesetze über den Schutz des Urheberrechts an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst, auf Grundlage der in dem königlich sächsischen Antrage bezeichneten Vorarbeiten und unter Berücksichtigung der über dieselbe inzwischen erschienenen Beurtheilungen eingeleitet, und diese Arbeit dem Vernehmen nach bereits erheblich vorgeschritten ist, so hat der Bundesrat auf den Vorfall der Ausschüsse für Handel und Verkehr, sowie für Justizwesen am 10. Juni d. J. beschlossen: den Bundeskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß 1) die Ausarbeitung dieses Entwurfs, sobald als thunlich, vollendet; 2) der Entwurf sodann dem Bundeskanzler-Amt übergeben und den Bundesregierungen mitgetheilt; 3) die Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen beauftragt werden, den ihnen zu dem Zwecke von dem Bundeskanzler mitzuthilfenden Entwurf unter Zugriffen von Sachverständigen aus den betheiligten Kreisen zu berathen und über das Ergebnis in der nächsten Session des Bundesrates unter gleichzeitiger Berücksichtigung der eingegangenen Petitionen zu berathen.

Die "Kreuzzeitung" schreibt: "Die hiesigen Blätter entlehnen Notiz, daß das Polizeipräsidium auf Grund eines Ministerial-Erlusses die Ausstellung des Befähigungs-Bezeugnisses solchen Baubeflissen, welche die Prüfung vor dem Erlasse des sogen. Nothgewerbezuges bereits bestanden hatten, versagt habe, wird uns jetzt von zuverlässiger Seite als unbegründet bezeichnet. Das hiesige Polizeipräsidium hat im Gegenteil bisher daran festgehalten, daß alle vor dem gedachten Gesetze angegangenen Bau-Prüfungen bis zum Schlusse durchzuführen seien. Dagegen sind gutem Vernehmen nach in Folge des bekannten Erkenntnisses des Herrn Ministers des Innern vom 4. d. Ms. die Buchhändler- und Buchdrucker-Prüfungen sofort sistirt und den Kandidaten, soweit sie darum eingekommen sind, die im §. 1 des Preßgesetzes vorgeschriebenen Konzessionen ertheilt worden."

In Bezug auf das Duell des Lieutenant v. Rheinbaben und des Stud. jur. Feri. (lautet der richtige Name) geht der "Berl. Reform" aus "authentischer Quelle" folgendes zu: "Der leidige Vorfall ging nicht aus 'ehrlichen Schimpfereien' des Studenten, sondern aus einem Vorwurf des Hrn. v. Rheinbaben mit einem Dritten hervor, an welchem Feri Theil nahm, dessen Konsequenzen sich auf ihn übertrugen, so daß er sich veranlaßt sah, die Sorderung ergehen zu lassen. Dies geschah nach 2 Uhr, als noch viele Studenten in Miesers Salon anwesend waren. Hr. v. Rheinbaben, der das Geschehe höchst bedauert, hat der Mutter des Studenten Feri selbst Auskunft über den Vorfall ertheilt und erklärt, daß er nicht auf solche Weise beleidigt worden sei, wie der Beitragsbericht der "Reform" dies angegeben hat. Feris Zustand ist derart, daß er noch Hoffnung auf Rettung gewährt." Auch die "Sp. Ztg." bemerkt, daß der Zustand des Schwerverwundeten sich erheblich gebessert habe, seitdem am Sonnabend die in die Lunge gedrungeen Regel aufgefunden und ohne große Schwierigkeit entfernt worden sei. Die Verzweigungen hätten ihn am Sonntag außer Gefahr erlöst. (Die gestrige Nachricht von dem Tode Feri's beruht sonach auf einem Irrthum.)

Ueber den Sturz eines Gymnasiasten aus dem Fenster der Wohnung eines liederlichen Brauenzimmers meldet der neueste Polizeibericht: In der Nacht zum 23. August gegen 2 Uhr vernahmen die vor der "Walhalla" stehenden Polizeibeamten von dem Hause Charlottenstraße Nr. 95 her einen Hülse und bald darauf einen schweren Schlag, wie von einem herabstürzenden Körper. Vor dem genannten Hause angekommen, fanden die Beamten einen jungen, nur mit dem Hemd bekleideten Mann, anscheinend leblos, auf dem Straßenpflaster liegen. Der junge Mann, in welchem später der Gymnasiast Paul F. ermordet worden ist, wurde zur Charité befördert, woselbst er noch wenigen Stunden an der erlittenen Schädelverletzung starb. Die im Gange befindliche Unterforschung wird ergeben, ob der F. aus dem Fenster des im zweiten Stockwerke des Hauses belegenen, von der unteren fittenpolizeilicher Kontrolle stehenden unverheilten W. bewohnten Zimmers herabgeprungen oder herabgestürzt worden ist." Eine Vernehmung derselben über den Thatbestand ist nicht möglich gewesen, da er bestimmtlos nach dem Sturze aufgehoben wurde und bis zu seinem Tode kein Wort hervorbringen konnte. Die übel berüchtigte Person W. ist verhaftet.

Ueber die Verfolgung der lutherischen Kirche in den von Russland beherrschten deutschen Ostsseeprovinzen ist schon viel beigebracht worden. Jetzt erfährt man auch durch eine Schrift des General-Superintendenten und Ober-Hofpredigers Dr. Hoffmann, daß schon seit vierzehn Jahren in dem allgemeinen Kirchengebiete eine darauf bezügliche Fürbitte vorgeschrieben ist. Weiter wird darüber folgendes in dem für solche Dinge maßgebenden "Polizei-Blatt für Stadt und Land" berichtet. Der Kaiser Nikolaus ging "ungläublicher Weise" 1854, zu derselben Zeit, wo er ziemlich ganz Europa bereist gegen sich hatte und in Preußen fast der König allein ihm noch die Stange hielt" mit einer Art Säcularisation der gesamten lutherischen Kirche in den Ostsseeprovinzen um, und nur Friedrich Wilhelm's IV. sehr ernsthafte Vorstellungen brachten ihn davon ab. Das gab denn Veranlassung zu jener eingefallenen Fürbitte für diejenigen, "die mit uns denselben theuren Glauben empfangen haben, dermalen aber noch in viel Noth, Gefahr und Verfolgung schwieben."

Aus Stettin wird ein neuer Unglücksfall gemeldet. Am Sonntag Abend um 9 Uhr ist ein massives Magazin, welches 300 Wispel Getreide enthielt, — ein Dekonomegebäude der Zülchower Walzmühle — abgebrannt. Der Schaden beträgt etwa

60,000 Thaler; daran partizipieren die Magdeburger Feuerversicherung mit 24,000 Thalern, die National- und die Schlesische Feuerversicherung mit je 12,000 Thalern; letztere hat 8000 Thaler rückversichert.

— Die „L. C.“ schreibt über das Auswandererschiff „Liebig“: Die Nachricht, daß auf dem in „Liebig“ umgetauften Schiffe „Leibnitz“ bei seiner neuesten Reise nach Amerika wiederum eine große Anzahl von Todesfällen vorgekommen sind, hat die Aufmerksamkeit von Neuem auf die Angelegenheit der Beförderung der Auswanderer nach Amerika gelenkt, und da sich die bis jetzt ergriffenen Maßregeln als unwirksam erwiesen haben, so fühlt man das Bedürfnis stärkere und wirksamere Maßregeln zu ergreifen, ohne sich jedoch bis jetzt über die Art derselben im Klaren zu sein. Hr. Sloman vertheidigt sich zwar in einem Zeitungsintervent gegen die erhobenen Beschuldigungen, aber seine Vertheidigung richtet sich gerade nicht gegen die schärfsten Klagepunkte. Wir wollen Hrn. Sloman gern glauben, daß die große Sterblichkeit unter den Kindern ihren Grund hat in einer sehr heftig auftretenden Masernepidemie, und wir wollen ihm auch glauben, daß ein promovierter Arzt und genügende Medicin am Bord war, aber weshalb, und dagegen richtet sich die Beichtwerde, ist die Medicin immer erst im Zeitpunkt der höchsten Gefahr gereicht worden, warum ist nicht stets rechtzeitig vom Arzte eingelehrt worden? Darüber steht in der Vertheidigung des Hrn. Sloman kein Wort, eben so wenig wie über das Vernehmen der Schiffsmannschaft gegen die weiblichen Passagiere, dessen in den Berichten aus Amerika in einer nicht gerade empfehlenden Weise Erwähnung geschieht. Über alles dieses sagt Hr. Sloman kein Wort, und wenn er, um alle Gröterungen dieser ihm in seinem geschäftlichen Interesse natürlich sehr unangenehmen Sache abzuschneiden, auf den Weg der gerichtlichen Klage verweist, so erscheint uns dies als der schwächste Punkt seiner Rechtfertigung. Wir erinnern uns, daß dasselbe Schiff, als es noch den Namen „Leibnitz“ führte und als die Kunde von der Sterblichkeit auf demselben die Welt in Erstaunen setzte, auch nach seiner Rückkehr in Hamburg gerichtlich untersucht worden ist, und daß man auf demselben Alles in schönster Ordnung fand, so daß es klar erwiesen war, die Passagiere seien nur gestorben, um Hrn. Sloman in seinen Geschäften zu schädigen. Allerdings konnten die Richter, welche Hrn. Sloman rein wünschen, nicht wissen, daß der „Leibnitz“ damals auf seiner Rückkehr nach Europa mehrere Wochen in einem englischen Hafen zugebracht hatte, was doch für den gewöhnlichen Menschenverstand die Vermuthung aufkommen läßt, man habe dort alle Schäden reparirt und den Proviant verbessert. Es ist wahr, die Thatache hatte damals in allen Zeitungen gestanden, aber ein Richter ist ja nicht gezwungen, Zeitungen zu lesen. Für uns hat jedoch dieses Nichtwissen den Erfolg, daß das Vertrauen auf den Erfolg einer gerichtlichen Verfolgung des Hrn. Sloman doch ganz bedenklich erschüttert wird.

Der „Social-Demokrat“ berichtet: Der Bevollmächtigte des allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Theilen zeigte dem königlichen Landratsamte zu Weisenfels die Anberaumung einer Versammlung unter vollzumer Beobachtung der Gesetzesvorschriften, wie folgt, an: „Einem königlichen Landratsamt zeigt gehorchauf Unterzeichneter eine Versammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Sonnabend den 1. August, Abends 8 Uhr im Gasthofe zum blauen Stern, hierdurch ganz ergeben an. Theilen, den 29. Juli 1868. Armand Kuhner.“ Man sollte meinen, Herr Kuhner habe jetzt dem Gesetz gemäß die Bescheinigung seiner Anzeige erhalten. Keineswegs, derselbe erhielt seine Anzeige zurück, und zwar mit folgender Bemerkung: „Br. m. zurück an den Arbeiter Armand Kuhner in Theilen, mit dem Erfuchen, sich darüber zu erklären, ob nebenstehende Anzeige eine Versammlung des in Theilen begründeten Arbeitervereins oder eine andre öffentliche politische Versammlung betrifft. Wenn Letzteres der Fall sein sollte, so wird bemerkt, daß die Tageszeit, 8 Uhr Abends, nicht passend gewählt ist, daß vielmehr derartige Versammlungen, in welchen öffentlichen Angelegenheiten erörtert und berathen werden sollen, am Tage abzuhalten sind. Weisenfels, den 30. Juli 1868. Der königl. Landratsamt-Berweser Richter.“

Graf Ariel v. d. Riede-Böllmerstein, Offizier, Bildhauer, Freischaarenwerber, Bündnisstifter, ist wieder einmal auf der Bildfläche erschienen, und zwar diesmal als Arbeitervriend in Wien, doch scheinen die Wiener Arbeiter mit achtbarem Scharfsinn schnell erkannt zu haben, daß er zu der Sorte von Freunden gehöre, von denen man sagt: „Gott schüre nicht vor ihnen!“ Freilich erleichterte der Herr ihnen diese Erkenntniß durch die stupide Naivität, mit der er sich selbst des beabsichtigten Hochverraths verdächtigte. Hören wir, wie die „Dem. Rorr“ sein Auftreten in der jüngsten Arbeiterversammlung beschreibt: „Ein hochgewachsener Herr mit törichtem Vollbart, angezogen mit der Schützenkoppe, einen schwarz-weißen Federhut auf dem Hute; so zeigte sich der Graf. Ich bin Freund der Arbeiter, sagte er; ich bin 1864 in Wien zur Abhaltung des Fürstentags thätig gewesen; ich habe den Krieg von 1866 einen Brudermord genannt; ich habe die Losreihung Destricks von Deutschland verurtheilt; ich fordere die Arbeiter auf, mit dem jungen Ministerium Destricks Geduld zu haben, denn Destricks Freiheit ist noch ein neugeborenes Kind. Und als dann der Herr Graf von einem Arbeiter daran erinnert wurde, daß er, der Herr Graf, 1866 ein Freikorps für Preußen habe werben wollen, um die Tschechen an den Siegen in Böhmen, da entgegnete der Edle, er habe mit seinem Freikorps nur zeigen wollen, daß die dreijährige Dienstzeit etwas sehr Unmögliches sei, und außerdem hätte ja Niemand wissen können, was er mit den 90 Offizieren und 2000 Mann, die sich bei ihm angemeldet, habe machen wollen.“ Muß es auch solche Käuze geben?

Frankfurt a. M., 25. August. Se. Majestät der König traf heute, von Koblenz kommend, um 9 Uhr 25 Minuten auf dem Zahnusbahnhof hier ein und wurde daraufstellt von dem hiesigen Kommandanten Generalmajor v. Frankenberg-Ludwigsdorf, dem Polizeipräsidienten v. Madai, und in Abwesenheit des ersten Bürgermeisters Mumm vom Bürgermeister Berg empfangen. Der König fuhr zu Wagen nach dem Hanauer Bahnhof und segte von dort um zehn Uhr seine Reise nach Hanau fort, woselbst die zum Brigadier-Exerciren zusammengezogenen Regimenter Nr. 82 und 88 besichtigt werden, und dann das seitens der Stadt Hanau angebotene Dejeuner eingenommen wird. Um 2 Uhr 20 Minuten kehrt Se. Majestät von Hanau wieder hierher zurück und segt um 2½ Uhr die Reise nach Gotha fort.

Der König ist in Hanau enthusiastisch empfangen worden. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, Jungfrauen überreichten Blumensträuße. Die Rückkehr von Hanau erfolgte ¾ Stunden später, als vorgesehen, daher die gleiche Verspätung der Abfahrt des Extrazuges von hier. Am Main-Weferbahnhof hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die den König bei der Abfahrt lebhaft begrüßte.

Kiel, 25. August. Nach den beim Oberkommando der Marine eingegangenen Nachrichten befand sich Sr. Majestät Schiff „Niobe“ am 24. d. in Arendal (Norwegen).

Koblenz, 25. August. Vor Sr. Majestät dem Könige fand gestern Abend ein Festungsmanöver mit Beleuchtungsversuch auf der Karthause statt. Heute früh um 7 Uhr begab sich Sr. Majestät mittelst Extrazuges via Lahnstein und Frankfurt nach Hanau. Ihre Majestät die Königin verläßt heute Abend Koblenz, um vor der Nachkur in Baden-Baden der großherzoglichen Familie auf der Insel Mainau einen Besuch abzustatten.

Aus Thüringen, 24. August. Die strategische Untersuchung des Rhön-Werragebiets hat sich von Lengsfeld aus südlich nach der Rhön gewendet. Eine solche topographische Inspektion hat jedoch außer dem militärischen Zwecke auch noch für den bürgerlichen Verkehr ihre bedeutungsvollen Konsequenzen. Es ist uns nicht zweifelhaft, daß die Anlegung neuer Straßen und insbesondere die endliche Einfügung der vorderen Rhönlande in das mitteldutsche Eisenbahnnetz eine ernste Frage an maßgebender Stelle bilden werden. Es ist bereits die Verbindung der Bebra-Hanau- mit der Werrabahn auf dem kürzesten Wege von Hünfeld über Geisa und Lengsfeld nach Salzungen näher erörtert, auch ein Nivellement des Terrains vom weimarschen Landtage bewilligt worden, und wird dieses Projekt jetzt nun auch vom militärischen Gesichtspunkte aus unterstützt werden, da durch die Realisierung derselben die Straße vom Osten nach dem Westen Deutschlands um mindestens 3½ Meilen kürzer geboten wird als durch die bereits bestehenden Schienenwege.

Bayern. München, 25. August. Wie die „Neusten Deutschen“ melden, ist die Nachricht, welche die Verlobung des Königs von Bayern mit der Großfürstin Marie als bereits ganz sicher bezeichnete, jedenfalls als unrichtig anzusehen. Dasselbe Blatt bezeichnet ein Karlsruher Telegramm, betreffend die süddeutsche Militärförmision als durchaus unwahr, da es unbegründet sei, daß der 15. September als Termin für die Konferenzen der süddeutschen Kriegsminister festgesetzt sei, und ein Scheitern des Projektes, betreffend die süddeutsche Militärförmision bei der gegenwärtigen Sachlage als unwahrscheinlich angesehen werden müsse.

Sachsen. Dresden, 20. August. Viel Aufsehen hat der, wie man sagt, wegen verdeckten Erfolgs begangene Selbstmord des allgemein beliebt gewesenen 25jährigen Ober-Lieutenants Grafen v. Holzen d'or vom 1. Jägerbataillon Kronprinz Nr. 12, in seiner Garnison zu Freiberg gemacht. Der junge Offizier war bereits Besitzer des Militär-St Heinrichs-Ordens, den er sich bei Gitschin erworben. An Stelle der Freiheit, welche sich von der Verdigung fern hielt, sprach denselben sein Freund, Hauptmann von Minkwitz, in Gegenwart einer großen Zahl von Offizieren aller Waffengattungen, eine tief ergreifende Grabrede.

Der Rath der Stadt Leipzig hat, nachdem er eine Brücke in der Nähe des Poniatowskis-Denkmales „Poniatowski-Brücke“ getauft, nunmehr die neu angelegte Straße, welche den Weg zum Berliner Bahnhof abkürzt, „Blücherstraße“ benannt.

Baden. Karlsruhe, 24. August. Die „Karlsruher Zeitung“ heilt den Toast mit, welchen der Kriegsminister General v. Beyer anlässlich des Verfassungsfestes auf ein großes, einiges, starkes deutsches Vaterland ausgebracht hat. Der Kriegsminister führte in seiner Rede zunächst aus, daß er ein guter Badenier geworden, was ihm nicht schwer geworden sei, da er dabei nicht aufzuhören brauchte, ein guter Preuße und guter Deutscher zu sein, denn es gebe keine preußischen Interessen, die nicht auch deutsche Interessen wären. Der Redner gedachte darauf dankbar der Gründer der Verfassung und wies alsdann auf die Lücke hin, welche durch die Ereignisse des Jahres 1866 herbeigeführt und noch nicht aufgefüllt sei, indem der Deutsche Bund befeitigt wurde, ohne daß etwas befreitdigendes Neues an dessen Stelle gesetzt sei. Der gegenwärtige Trinkspruch gelte der Befreiung dieser Lücke auf dem alten heilbringenden Wege der Vereinigung mit unseren bereits geeinten 30 Millionen norddeutschen Brüdern. Der Redner schloß, indem er es als seinen Beruf bezeichnete, an der Auffüllung jener Lücke ebenso mitzuwirken, wie er bei der Erzeugung derselben durch aktive Befreiung mitgewirkt habe. (Ausführlicher Mittteilung.)

Karlsruhe, 25. August. In Durlach wohnte Ministerialpräsident von Freydorf der Verfassungsfeier bei. In seinem Toaste pries derselbe die Vorfürze der badischen Verfassung, den Fortschritt Badens in den letzten 50 Jahren, die Unabhängigkeit der Gerichte, die völlig freie, nur für Übertretung der gemeinen Strafgesetze haftbare Presse. Die inneren Freiheiten seien keine Kinder der Laune oder der Verlegenheit, sondern in langem Kampfe erworben und mit Land und Volk verwachsen. Hierin liege die Bürgschaft ihrer Dauer, soweit eine solche durch die inneren Verhältnisse gegeben werden könne. Sie sei jedoch auch von äußeren Ereignissen abhängig. Die deutschen Mittelstaaten, mit schwachen Kräften inmitten Europas zwischen die Großmächte gestellt, haben in ihrer eigenen Macht keine Bürgschaft ihres Fortbestandes. Diese Bürgschaft könnte ihnen nur das ganze Deutschland bieten. Redner trinckt auf die Verwirklichung des §. I der badischen Verfassung, lautend: „Das Großherzogthum bildet einen Theil des Deutschen Bundes“, auf die künftige nationale Einigung Badens mit Deutschland, wie derselbe durch die Nikolsburger und Prager Verträge vorgesehen ist, auf Baden als ein Stück Deutschlands, auf die badische Verfassung, eingefügt in das deutsche Staatswesen.

Sächs. Herzogth. Gotha, 24. August. Die „Goth. Z.“ meldet: Der Streit zwischen Herrn von Meyer und Herrn von Brandis über die Theilnahme des Herzogs von Coburg-Gotha an dem Gefechte bei Langensalza erhält durch die nachstehende Erklärung des Letzteren seinen endgültigen Abschluß:

Ich habe meine Erklärung, Langensalza und den Herrn v. Meyern betreffend, seiner Zeit nach bestem Wissen gegeben und aufrecht erhalten. Nachdem Herr v. Meyern mir jetzt persönlich die einzelnen Umstände unserer Unterredung in das Gedächtniß zurückgerufen hat, derselbe mir als Ehrenmann zu gut bekannt ist, als daß ich an seinem Wort, geschrweige denn an seinem Eid zweifeln sollte, so erkläre ich, daß eine irrtümliche Auffassung meinerseits möglich gewesen ist. Schloß Riedlingen, 22. August 1868.

v. Brandis, General der Infanterie.

Hamburg, 22. August. Der Präsident des Bundeskanzleramts, Herr Delbrück, hat unsere Stadt in dieser Woche auf einige Tage mit seinem Besuche beeckt; Zweck seiner Reise war aber weder die Ordnung von Zollvereinsangelegenheiten, noch „energische Maßregeln“ wegen der letzten Todesfälle auf dem unglücklichen Sloman'schen Schiffe „Liebig“, sondern nur der Wunsch, sich von den Anstrengungen seiner Berufsarbeiten einige Tage in der Gesellschaft des ihm befreundeten Herrn Jordan, der als Mitglied der Zollzugsförmision des Zollbundesrathes längere Zeit hier seinen Aufenthalt genommen hat, zu erholen.

Oesterreich.

\* Lemberg, 25. August. Die Kampagne der galizischen Landesvertretung gegen das österr. Ministerium hat begonnen. Noch ist ihr Plan — sagt die „Gaz. narod.“ — nicht ganz deutlich entworfen, vermutlich werden aber die Anträge von Smolka und Zybliewicz an eine Kommission gewiesen werden, welche sich zunächst über die dem Lande zugefügten Unbillen zu informiren haben wird. Alsdann hat die Kommission wie der Landtag nur einen Weg vor sich, entweder alle Beichtwerden in eine Landtags-Adresse zu sammeln und diese dem Kaiser zu überreichen,

inzwischen aber die Antwort abzuwarten, oder sogleich den Antrag Smolka auf Zurücknahme des Beschlusses von 2. März (Bestätigung des Reichstages und Anerkennung der Decembergesetze) anzunehmen.

### Großbritannien und Irland.

— Bis heute Nachmittag war in Downing-Street noch kein Telegramm eingetroffen, welches die von der „Gazette de France“ gebrachte Nachricht der Verhaftung eines Feniers in Luzern bestätigt hätte. In dem Ministerium des Innern ist man geneigt, die Sache für eine Ente anzusehen. Dieser Meinung schließen sich auch „Express“ und „Globe“ an. Letzterer sagt, es werde wohl einer von jenen „Canards“ sein, für welche die französischen Blätter eine solche Berühmtheit erlangt hätten.

### Frankreich.

Paris, 24. August. „Constitutionnel“ schreibt: Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Biarritz wird sich um einige Tage verzögern wegen des Besuches, welchen der Graf und die Gräfin Girgenti den Majestäten in der nächsten Zeit machen werden. Der Kaiser wird sich alsdann in Begleitung des kaiserlichen Prinzen auch nach Chalons begeben. Die Reise nach Biarritz dürfte deshalb erst nach der ersten Hälfte des Monats September stattfinden können. „France“ bekämpft den letzten Artikel der „Liberté“ über die über die Rheingrenze.

„Temps“ zufolge ist Henri Rochefort nach Belgien zurückgekehrt.

In dem bereits kurz signalisierten Artikel der „France“, welcher sich gegen die letzte Auslassung der „Liberté“ über die Rheingrenze richtete, wird ausgeführt, daß alle Befürchtungen, welche man aus den deutschen Grenzfestungen für Frankreich herleiten wolle, durchaus grundlos seien, zumal Festungen immer vorwiegend der Defense dienten. Der Artikel schließt: Diesseits unserer Grenze sind allerdings nur wenige Festungen, doch stützt sich Frankreich auf eine Politik, welche ebenso stark als maßvoll ist.

Paris, 25. August. Der „Moniteur“ enthält zwei Dekrete, welche die Wähler in den Departements Nièvre und Mosel zum 19. resp. 20. September zur Wahl neuer Deputirten an Stelle der früheren, jetzt in den Senat berufenen, Vertreter Geiger und Graf Moutjoyeux einberufen.

### Italien.

— Die „Unita Cattolica“ läßt sich unter dem 16. August aus Civita-Bechia melden, daß der Napoleonstag dort dieses Jahr mit ungewöhnlichem Glanze gefeiert worden ist. Morgens fand eine Revue der ganzen Garnison statt, sodann wurde eine Messe abgehalten, welcher der General Dumont, die französischen Offiziere, der päpstliche Delegat, Msgr. Skapitta, und die päpstlichen Offiziere bewohnten. Bei einem vom General Dumont gegebenen Bankette, auf welchem die französischen und päpstlichen höheren Offiziere und der päpstliche Delegat anwesend waren, brachte letzterer einen Toast auf den Kaiser Napoleon III. aus, in welchem die Dankbarkeit ausgesprochen ward, welche der päpstliche Stuhl Frankreich für die ihm erzeugten wichtigen Dienste schuldig ist. Er wünscht, es möge dem Kaiser noch lange Jahre vergönnt sein, fortzufahren, am Glücke dieser berühmten Nation zu arbeiten, und erfrele die Segnungen des Himmels auch für die Kaiserin und den kaiserlichen Prinzen, die Hoffnung Frankreichs. General Dumont antwortete mit folgenden Worten: „Auf die Gesundheit Pius IX., des souveränen Papstes! Hegen wir Wünsche für die Dauer seiner kostbaren Lebenszeit. Um ihn geschart, um über die Aufrechthaltung seiner Rechte zu wachen, würden wir wissen, wenn sie von Neuem bedroht werden sollten, die edle Mission zu erfüllen, die der Kaiser uns anvertraut hat. Es lebe der heilige Vater!“

Rom, 17. Aug. Aus Sora heilt die neapolitaner „Italia“ eine Depeche mit, die das Erscheinen von mehreren Abtheilungen päpstlicher Artillerie meldet, welche die Grenze vor dem Einfall von Freischaren schützen sollen.

Das Corps der päpstlichen Zouaven ehielt in letzter Zeit aus dem deutschen Adel mehrere Streiter, darunter zwei Grafen v. Galen aus Münster, welche als Gemeine eintraten.

Florenz, 25. August. Mehrere Blätter wollen wissen, daß Ministerium werde bei der französischen Regierung Schritte thun, um die Rückberufung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate zu erwirken, da nunmehr, nach erfolgter Unterzeichnung des Protokolls über die päpstlichen Schulden, das längere Verbleiben der Truppen durch nichts gerechtfertigt sei. Gerüchtweise verlautet, Nigra werde von Paris abberufen werden und einen anderen Posten erhalten. Freitag wird den Kammern das Dekret mitgetheilt werden, durch welches die gegenwärtige Session verlängert wird.

Italienische Rente 58, 20. Napoleon d'or 21, 75.

### Spanien.

Madrid, 19. August. Die Anzeichen der Versegung häufen sich hier. Das Haupt-Tagesergebnis ist die Bestätigung der Nachricht von der Veränderung des Ministeriums Gonzalez Bravo und von dessen Ersetzung durch den General Concha zugleich mit Alonso Martinez und Bahamonde, d. h. also ein aus solchen Persönlichkeiten gebildetes Kabinett, die der liberalen Union und den in der gemäßigten Partei ihr Nahestehenden zuneigen. Dieser Ministerwechsel ist beschlossene Sache; indeß er wird erst nach der Rückkehr der Königin aus Avila in die Thore Madrids offiziell werden, es müßte denn sein, daß Gonzales Bravo diesen Moment nicht abwarten möchte oder die Eventualitäten die Lage umgestalten dürften. Es handelt sich diesmal hier nicht um einen einfachen Ministerwechsel, es ist vielmehr eine jener äußersten vom Hofe zu wiederholten Malen erfolgreich angewandten Maßregeln, um in kritischen Momenten gewaltsame Stürme zu beschwören. Sollte sich das neue Ministerium verwirklichen, so würde es die Generale und vielleicht auch den Herzog von Montpensier zurückberufen, eine auf breiter Grundlage ruhende Amnestie erlassen, die Kammern aufzulösen, freie Wahlen vorzuschlagen, der Presse die Hand bieten und durch derartige Vorkehrungen die öffentliche Aufmerksamkeit einer Revolution ablenken. Aber da man in Spanien schon zum Ueberdruss mit diesem Versöhnungsmittel Missbrauch getrieben hat, so bereitet die Regierung sich für den Fall, daß dieser Kabinettwechsel keine hinreichende Wirksamkeit hat, zu einem noch wichtigeren Schritte vor: es wäre dies die Abdankung der Königin zu Gunsten ihres Sohnes mit Espartero als Regenten. Dieser Plan ist auch nicht neu, doch steht es fest, daß in Voraussicht auf eine revolutionäre Bewegung zahlreiche Boten vom Palaste zu der Residenz des Sie-

gesherzogs gehen und kommen, in der Hoffnung, daß er sich noch einmal benutzen lassen werde. Das die gegenwärtige Lage in Spanien. Der Hof hatte sich nach Lequeitio begeben und sechs Kisten, welche die kostbarsten Kronjuwelen enthalten, mit sich geschleppt, Angehörige der Ereignisse, die da kommen sollen, und er kehrte in aller Hast zurück. Die Erziehung des Ministeriums Gonzalez Bravo durch ein Kabinett, welches eine liberale Politik verfolgen würde, möchte möglichenfalls für den Augenblick den Ausbruch einer Revolution verschieben, aber sie bedingt keine Umgestaltung der Gesinnungen der Parteien, weil das Gouvernement die Parteien durch sein traditionelles Verfahren sich völlig entfremdet hat. Die Radikalen, welche nach 60 Jahren der Erfahrungen fehlhaft den Sturz der Bourbonen herbeiwünschen, werden vor einem Scheinbild des Liberalismus ihre Überzeugungen nicht aufgeben; die liberale Union, und sogar eine Fraktion der gemäßigten Partei ist nach langem Rütteln auf dem Boden der Gewalt mit den Progressisten schließlich in ihre Fußstapfen getreten, arbeitet gegen die Dynastie und hat an der Ernte der Verfolgungen und Verbannungen, die wir erlebt, ihren Anteil gehabt. Dass diese Partei sich um den Hof scharen wird, ist unwahrscheinlich. Das Gouvernement kann auf den Theil der liberalen Union, welcher zur Macht gelangen wird, rechnen; aber dafür wird es auf die Fraktion der gemäßigten Partei verzichten müssen, welche abgeht und deren Chef, Gonzalez Bravo, sobald er in den Reihen der Opposition stände, der Erste wäre, welcher für die Kandidatur des Herzogs von Montpensier auftreten würde. Der Protest des Herzogspaares von Montpensier ist ein Schritt, der schon zu weit gegangen ist, als daß er rückgängig gemacht werden könnte. Zugegeben, daß man sie aus der Verbannung zurückruft und sie nach Spanien zurückzuführen einlädt, sie, welche die Regierung als das antidygnastische Banner bezeichnet hat und welche noch soeben ihrerseits so schwere Anschuldigungen gegen den Hof geschleudert haben, immerhin ist es schwer, anzunehmen, daß die Insassen jemals wieder den Palast von St. Fermo betreten werden. Was vor der Verbannung an der Herzogin von Montpensier, deren Haare bereits ergrauen, Stumpfheit und Gleichtüchtigkeit war, hat jetzt einem anderen Gefühle Platz gemacht, daß vor einem Ministerwechsel vergehen wird. In Voraussicht auf eine nahe Katastrophe hat auch Don Karlos nebst Gemahlin sein Abenteuer begonnen und ist aus London und Paris herbeigeeilt, um sich in den karlistischen Klubs als Karl VII. ausrufen zu lassen. Dieses Ehepaar, das ein Manifest an die Spanier gerichtet hat, das Photographien ausgab mit der Inschrift „Herzog und Herzogin von Madrid“ und auf denen Don Karlos in akademischer Stellung abköniglich ist, worin sich die verzweifelten Anstrengungen des Photographen verrathen, einem gewöhnlichen Kopfe mit immer offenem Munde Ausdruck und Physiognomie zu geben, und Donna Marguerita in der Haltung einer Theaterkönigin mit einer Krone auf dem Haupte: ein solches Paar verzichtet nicht leicht auf die Lieblingsträume, denen es sich hingiebt, eben so wenig wie seine Parteigenossen in Folge eines bloßen Ministerwechsels. Die große Masse des Volkes nun, welche antidygnastisch gesinnt ist, würde weder ein Ministerwechsel, noch selbst die Abdankung der Königin und die Minderjährigkeit eines Prinzen, der noch nicht elf Jahre alt ist und dessen Geburt zu tausend Kommentaren Anlaß gegeben hat, — noch irgend eine dieser Maßregeln befriedigen. Man würde sich einer großen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, daß das Land nach Isabella de Bourbon sich ihren Sohn, Don Alphonse de Bourbon, oder die Herzogin von Montpensier, Marie Louise Fernande de Bourbon, oder den Herzog von Madrid, Don Karlos, gleichfalls de Bourbon, gefallen lassen werde. Der Ruf, welchen man aus Aller Munde vernimmt und der durch ganz Spanien die Runde macht, ist: „Fort mit den Bourbonen!“ Mehr noch als der Kabinettswechsel nimmt für den Augenblick die Nachricht von der Krankheit des Generals Dulce auf den Kanarischen Inseln die öffentliche Meinung in Anspruch. Die Krankheit ist in der That bedenklich; die Leber ist stark angegriffen, zugleich hat er das Wechselseiter. Glücklicher Weise versichert die Depesche, daß der Fall nicht hoffnunglos ist. Die Frau des Generals Dulce ist eben von Bayonne abgefahrene, um sich nach den Kanarischen Inseln zu begeben.

### Außland und Polen.

Kalisch, den 23. Aug. Nach einem Befehle des Gouverneurs sind die Stadtbehörden angewiesen, darauf zu sehen, daß die Hausbesitzer in der Stadt, besonders aber die auf dem Markte und in den Hauptstraßen Trottoire längs ihrer Grundstücke legen; ebenso sollen die Brandstellen, welche in der Gegend der Synagoge seit der großen Feuersbrunst im Jahre 1852 noch wüst liegen, in möglichst kurzer Zeit bebaut werden. Wenn die Besitzer solcher wüster Brandstellen nicht im Stande sind, selbst zu bauen, so sollen die Baupläne subhaftiert und den Meistbietenden unter der Bedingung übergeben werden, daß sie den Bau sofort beginnen. Wo die Besitzer, wie es bei einigen Baustellen wirklich der Fall ist, etwa verstorben oder verschollen sind, und Erben sich nicht melden oder die Bebauung nicht übernehmen wollen, tritt die Kommune als Eigentümmerin der Plätze ein und muß dieselben aus ihren Mitteln bebauen; denn es wird angenommen, daß ein solcher Bauplatz, der über 16 Jahre wüste liegt, ohne daßemand sich darum kümmert, der Kommune als Eigentum für den Ausfall der Abgaben, die sie von einem darauf befindlichen Hause durch diese Zeit bezogen hätte, rechtlich zugehört. Nach einem bestehenden Gesetz zahlen nämlich abgebrannte Grundstücke keinerlei Steuer, so lange sie nicht wieder bebaut sind. Von den damals abgebrannten Gebäuden — es waren über vierzig — war kein einziger versichert.

Gestern kamen wieder drei Familien, achtzehn Köpfe stark, aus der Gegend von Donska wola hier durch, um in ihre Heimat, Sachsen zurückzukehren, weil sie hier ihr Fortkommen nicht mehr finden. Sie waren im Herbst 1864 hier eingewandert mit einem Vermögen als Weber, haben das Thinge zugesetzt und gehen verarmt nach Hause. Für Weber ist die frühere gute Zeit in Polen gänzlich vorüber und darf jeder jetzt einwandernde Weber sicher sein, als Bettler heimkehren zu müssen.

Wilna, 21. August. Jakob Fedorowitsch Golowatzki, der oft genannte ehemalige Lemberger Professor und derzeitige Vorsitzende der hiesigen archäographischen Kommission, ist vor wenigen Tagen mit seiner Frau, 2 Söhnen und 4 Töchtern in den russischen Unterthanenverband aufgenommen worden. Der diesseitige Gesandte in Wien hatte Golowatzkis Entlassung aus dem österreichischen Unterthanenverband leicht bewirkt. Gewiß bedauert man in Wien lebhaft, bei dieser Gelegenheit nicht auch einige große czechische Ge-

lehre mit los geworden zu sein. Vielleicht ließe sich dies Geschäft ins Große betreiben. Eine kleine Million Czchen für den Kaufsaufwand und die Krim wäre gar nicht so übel. — Unsere Judenschaft war kürzlich in einer Bewegung wegen des Übertritts eines vielfährigen Lehrers der Rabbinerchule, des Herrn Hurwitsch, zur rechtläufigen Kirche. Die Laufe wurde unter Beisein vieler Juden in der russischen Kathedrale vollzogen. Herr Hurwitsch nennt sich nunmehr Nikolaus Guriew. — Die Warnungen vor Auswanderung nach Russland in den preußischen Amtsblättern helfen gar nichts, wie die tägliche Erfahrung lehrt. Wirklich helfen können nur Konsulate und Konsular-Agenturen. Russland kann kein reelles Interesse haben, die Errichtung von derlei Vertretungen für Angehörige des Norddeutschen Bundes zu verweigern. Schließlich könnte man ja Russland die Errichtung von Konsulaten in Breslau und Posen gestatten, damit auch die Gegenseitigkeit gewahrt wäre. Die Errichtung von Konsulaten heute nur noch auf Seeplätzen beschränken zu wollen, ist mindestens unpraktisch zu nennen. Breslau hat gewiß mehr Bedeutung als ein halbes Dutzend kleiner Ostseehäfen, in deren jedem ein russischer Konsul existiert, und Wilna bedarf eher eines preußisch-norddeutschen Konsuls als Pernau und Windau.

(Schl. 3tg.)

### Türkei.

Konstantinopel, 18. August. Es sind Gerüchte über eine Anleihe der türkischen Regierung im Umlauf. Dieselbe soll mit hiesigen Häusern unterhandelt werden sein und den Betrag von 170 Millionen Piaster ( $1\frac{1}{2}$  Mill. Pf. St.) nicht übersteigen. — Admiral Farragut weilt noch hier und dinierte vorgestern beim russischen Gesandten General v. Ignatiew in Bujukdere. Der durch den amerikanischen Gesandten für die in den Dardanellen ankommende amerikanische Fregatte „Franklin“ nachgeführte German scheint noch nicht ausgesertigt worden zu sein. — Das türkische Kriegsministerium hat die umfassendsten Maßregeln ergriffen, um die Truppen auf Kandia für den Winter zu verproviantieren. Wenn irgend etwas, so redet diese Thatache dafür, daß die Regierung an ein Nachgeben nicht denkt und fest entschlossen ist, ihren Besitz zu behaupten. In Athen sind dagegen sehr unbefriedigende Nachrichten über eine in England bestellte Panzerfregatte eingelaufen; dieselbe dampft nur  $3\frac{1}{2}$  Meilen, was sie für taktische Verwendung unbrauchbar machen dürfte. Ueber ein in Triest bestelltes gleichartiges Schiff soll man bessere Mittheilungen erhalten haben.

### Afrika.

Die neueste Post vom Kap der guten Hoffnung bringt die Nachricht, daß die Existenz der ausgedehnten Goldfelder im Innern des Kaplandes bestätigt worden ist. Der Händling des Landestheiles, in welchem die Goldgruben gelegen sind, zeigt sich anscheinend den Europäern sehr geneigt, und hat den Gouverneur Wodehouse schriftlich ersucht, seine Unterthanen unter britischen Schutz zu stellen. Auch hat er der britischen Regierung den Ankauf des Goldlandes angeboten. Mehrere Bergleute sind mit dem Ausgraben des Goldes beschäftigt. Das Gold soll aus halbzölligen breiten Adern bestehen, und der Ertrag sich im Verhältniß der Tiefe der Ausgrabungen vermehren.

An der Insel St. Helena legte am 19. Juli der amerikanische Schooner Gertrud Howes, Kapitän Garberry, an und brachte die Kunde von beklagenswerthen Feindseligkeiten zwischen den Hottentotten und den englischen Ansiedlern an der Waldfischbai. Das Schiff war am 26. Mai in dieser Bucht vor Anker gegangen, um eine Ladung Hornvieh und Schafe einzunehmen, als die Nachricht eintraf die Hottentotten hätten das Vieh weggetrieben und rückten heran, um die Ansiedlung zu plündern. Der Kapitän bewaffnete und landete seine Mannschaft, um die Einwohner zu beschützen, schlug einen dreimaligen Angriff der Hottentotten zurück, und ließ die Frauen und Kinder, sowie am folgenden Morgen sämtliche Ansiedler an Bord des Schooners bringen. Ein gewisser Veron, Gehilfe eines seit längerer Zeit dort ansässigen Missionars der rheinischen Missionsgesellschaft, des Herrn Halm, welcher sich unvorsichtiger Weise zu weit ins Innere des Landes gewagt hatte, wurde erschossen und in einen Abgrund gestürzt. Nachdem diese Nachricht an Bord angelangt war, beschloß der Kapitän, den Leichnam zurückzuholen; er bemalte ein Boot und führte seine Absicht glücklich durch. Am Abend des 28. jedoch lehrten die Hottentotten etwa 300 Mann stark an die Küste zurück, verbargen sich hinter den Gebäuden und versuchten die Europäer zum Landen zu bewegen. Diese aber hatten die große Zahl der versteckten Feinde gesehen und blieben auf dem Schiffe. Da die Hottentotten jedoch gesehen hatten, daß sie verrathen waren, zogen sie in Reih und Glied wieder ab. Am selben Tage traf Nachricht von der Ermordung mehrerer Engländer ein. Man fürchtet, daß auch Herr Halm und der größere Theil der weiter im Innern wohnenden Ansiedler diesem Schicksale verfallen seien. Die Gertrud Howes, Kapitän Garberry, segelte Tags darauf nach der portugiesischen Kolonie in der kleinen Fischbucht, wo die Auswanderer herzliche Aufnahme fanden.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. August. Die Volksküche hat den Zweck, gute, nahrhafte und reichliche Speisen zu einem so billigen Preise zu liefern, wie der Einzelne und die Familie sie nicht zu beschaffen im Stande sind; sie ist nicht sowohl für den Armen, als vielmehr für den wenig bemittelten Arbeitsfähigen und den notleidenden Bürger. Obgleich aus humanen Absichten der Bemittelten hervorgegangen, ist sie doch eine auf Selbsthilfe gegründete Einrichtung, die selbstverständlich jeder Spekulation fern bleibt. Wenn die Anstalt auch nicht für die eigentlichen Ortsarmen gegründet wird, so werden durch sie doch Behörden und Wohltätigkeitsvereine Gelegenheit erhalten, Speisemarken aus der Volksküche zu kaufen, um sie den Armen zu schenken. Es kann mit den Volksküchen auch der Verkauf von Brot und Brennmaterial verbunden werden. Für Posen würde es vorerst genügen, wenn die Küchen nur zum Abholen der Speisen eingerichtet würden; ergibt sich allmählig aus dem Verkauf derselben ein entsprechender Ueberschuss, so könnte auch an die Einrichtung von Speisesälen gegangen werden. In Berlin bestehen dieselben schon, und zwar getrennt für Männer und Frauen. Die Verwaltung ist selbstverständlich eine freiwillige und unentgeltliche. Sie würde sich am natürlichsamen zusammensetzen aus den Personen derjenigen, welche zu den Einrichtungskosten beisteuern. Auf die Mitwirkung von Frauen sowohl beim Einkauf von Lebensmitteln als für die Aufsicht in der Küche ist wesentlich

zu rechnen, Männer hätten den finanziellen Theil der Verwaltung, die Buchführung, zu übernehmen. Das von den Beitragenden zu wählende Personal müßte zahlreich genug sein, um den Einzelnen nicht zu überburden.

In diesen Tagen war die bekannte französische Fürstin Odessa geb. Branicka aus Rom hier anwesend und wohnte im erzbischöflichen Palais.

Der „Dziennik pozn.“ bemerkte, daß überall, wo sich Polen aus dem russischen Gebietsteile auf ihren Reisen im Auslande aufhalten, sie von russischen Spionen umgeben sind. In Karlsbad würden dieselben von einem gewissen Hagner, dem Gehilfen des bekannten Oberst Luchols in Warschau überwacht.

Der allgemeine Männergesang verein hatte gestern sein letztes Sommervergnügen veranstaltet und zum Festplatz den Schilling gewählt, der äußerst zahlreich besucht war. Die Mitglieder fanden sich bereits gegen 6 Uhr Abends ein, um ein von der Stolzman'schen Kapelle gegebenes Konzert anzuhören. Nach mehreren Musikstücken trug der Gesangverein den „Nächtgesang“ von Chwatal vor, ferner „das Kirchlein“ von Becker, „die Kapelle“ von Strenger und „Königchen von Tharau“ von Silber. Leider begann es gegen 10 Uhr zu regnen und die Damen in ihren leichten Toiletten suchten entweder in den Simmern Schutz oder ergriessen die erste Gelegenheit, um in einer Drosche nach Hause zu kommen. Trotzdem wurde in der langen Kolonnade ein Tanzchen arrangirt, das selbst durch den Regen an seiner harmlosen Gemüthslichkeit nichts verlor. Für Erfrischungen hatte Herr Richter reichlich gesorgt, wie überhaupt Speisen und Getränke vorzüglich waren.

Die Nacht war sehr finster und Dienerinnen, welche nicht so glücklich waren, eine Nachtdrosche gegen einen Thaler zu erlangen, konnten auf dem schmalen Fußstege an den abschüssigen Bergen nur mit der größten Vorsicht im Regen vorwärts kommen, indem sie mit dem Stock das Terrain reconnoiterten.

— [Berichtigung.] Der auf dem hiesigen Bahnhofe am 22. d. M. entsprungene Verbrecher sollte nicht in Warschau abgeleitet werden, wie dies in unserer Zeitung vom 25. d. M. irrwürdig gemeldet worden ist, sondern bei der königlichen Staatsanwaltschaft zu Nowowaclaw, von wo aus die Verfolgung ausgegangen war. Wegen politischer Verbrechen wird der Entsprungene nicht verfolgt.

— [Kreuzblume oder Kreuz?] Als im Laufe dieses Sommers der Raczyński'sche Brunnen neben dem Kloster der grauen Schwestern auf Kosten der Kommune, welcher vom Grafen Eduard Raczyński die nach demselben benannte Wasserleitung nebst den dazu gehörigen vier Brunnens geschenkt worden war, restaurirt wurde, war man sorgfältig bemüht, diese Restaurierung ganz im gothischen Stile, in welchem die Brunnenkapelle errichtet ist, vorzunehmen. Da nun über dem Spitzbogen derselben ein Siegel emporsteigt, der mit Krabben (Blattwerk) befestigt ist, so schloß man, daß stilgemäß früher der Siegel mit einer Kreuzblume bekrönt gewesen sei. Als man nun daran gehen wollte, eine neue Kreuzblume anstatt der seit einigen Jahren unbefriedigender Weise verschwendeten als Bekrönung aufzusetzen, wurde von den grauen Schwestern die Mittheilung gemacht, sie hätten ein Metallkreuz, welches früher die Bekrönung des Brunnens gebildet habe, und welches in ihrem Garten herabgefallen sei, in Aufbewahrung; zu gleicher Zeit erhoben sie Protest gegen Aufstellung der neuen Kreuzblume, indem sie den Wunsch aussprachen, es möge in derselben die alte Kreuzblume aufgesetzt, und diese dann noch mit dem vormaligen Kreuze bekrönt werden; sie erklärt sogar, sie würden, falls dies nicht geschehe, sich an Seine Majestät den König wenden. Nun steht denn gegenwärtig der Brunnen noch ohne jede Bekrönung da, und die Frage: ob Kreuzblume oder Kreuz? harret noch ihrer Erledigung. Uebrigens haben die grauen Schwestern nicht das mindeste Anrecht auf den Raczyński'schen Brunnen. Es steht derselbe zwar auf einem Terrain, welches früher zu dem Grundstück des Klosters der grauen Schwestern gehörte; aber die Nonnen haben dies Terrain an den Grafen Raczyński zur Errichtung des Brunnens abgetreten, und dieser Brunnen ist nach der Schenkungsurkunde Eigentum der Kommune Posen. Wahrscheinlich wird man nun folgenden Ausweg einschlagen, um auch den Wünschen der Nonnen gerecht zu werden; es wird die neue Kreuzblume aufgesetzt, und diese dann noch mit dem vormaligen Kreuze bekrönt werden. Auf diese Weise wird man dem religiösen Bedürfnisse der grauen Schwestern Rechnung tragen, ohne dabei den ästhetischen Anforderungen monumentaler Kunst etwas zu vergeben. Diese Vereinigung der Kreuzblume mit dem Kreuze findet sich z. B. auch auf dem steinernen Thürme der Michaeliskirche zu Breslau, deren Erbauer, Alois Langer, bekanntlich zu den Gothistern ersten Ranges zählt.

— Die Wölbung des Bogdanka-Kanals hat gestern endlich begonnen, und nun dürfen die Arbeiten doch wohl schneller vor sich gehen.

Ueber den schon gemeldeten Raub anfall auf der Gneiner Chaussee schreibt man uns aus Wierzyce, den 25. August unter Bestätigung unseres Berichts: am 16. August Abends 10 Uhr kamen vier Kerle in das Total der hiesigen Passagierkupe und gaben vor, die Nachpost nach Kołozyn benutzen zu wollen; zufälligerweise hatte sich bereits eine Person nach Posen, und zwar ein Soldat, einschreiben lassen; als die Kerle derselben anstiegen wurden, verzichteten sie auf die Mitfahrt, verließen das Passagierlokal und nahmen ihre Richtung nach Kołozyn.

— [Neue Schwindler.] Die Leinwand und Damast-Schwundler sind kaum entlarvt und aus der Stadt entfernt worden, so tauchen schon wieder Betrüger auf, welche den Leuten für andere unächtige Gegenstände das Geld aus der Tasche locken. Es werden in Frankreich aus Baumwolle große Samtstücke angefertigt, die in den Deffins von den ächten türkischen Samtstüchern kaum zu unterscheiden sind; der Werth jener beläuft sich aber auf ca. 12 bis 16 Thaler, der türkischen dagegen auf mehrere hundert Thaler, und auch die einfachsten ächt türkischen Tücher haben immer noch einen 4- bis 5fach höheren Werth als jene baumwollene. Das weiß jedoch der gewöhnliche Mann selten zu unterscheiden, der sich zu leicht durch den äußeren Glanz blenden läßt. Es klingt ihm ganz aufrichtig und natürlich, wenn der Schwundler ihm sagt, die Tücher seien aus einem Bankerott gerettet und da man sie auf jeden Fall verkaufen müsse, so würden sie um die Hälfte, ja um den dritten Theil des wahren Preises losgeschlagen. Er gibt darauf den Werth eines Samtstückes auf 100 Thaler an und verlangt von dem unerfahrenen Käufer 50 Thaler dafür; noch mehr, er läßt sofort, wenn jener noch ein bedenkliches Gesicht zeigt, abermals 10, auch 20 Thaler ab. Alles nur „um die Waare abzusezen“, denn er müsse fort nach Amerika. Kann der Käufer nun noch länger zweifeln, daß ihn das Glück heimgesucht habe? Mit Füßen darf er dasselbe doch nicht von sich stoßen, er zahlt 30 Thaler für das Tuch, und der Betrüger hat einen Gewinn von mindestens 15 Thaler gemacht. Ist der Käufer nicht im Stande, das Geld sogleich herbeizuzahlen, so wird bereitwillig ein Wechsel angenommen, der einige Stunden später schon verkauft ist.

Eine grobe Betrügerin hat in diesen Tagen mit Kanarienvögeln hier stattgefunden. Ein Vogelhändler, selbstverständlich gerierte er sich als Harzer, bot den Leuten Kanarienvögel-Männchen an, die aber nicht singen wollten. Dies nannte der Händler einfach Faulheit und saub die Schuld der Hölle und der Mauzerzeit zu. Wenn die Käufer nun aber noch nicht beruhigt waren, so gab er ihnen dadurch Garantie, daß er von dem ohnehin nicht hohen Verkaufspreise nur die Hälfte einzog, die Hälfte aber bis zu einem späteren Termin stehen ließ. Die heißen Tage sind vorüber und trocken lassen die Kanarienvögel weiter nichts, als ihr gewöhnliches tristes „Piep, Piep“ von sich hören, und die Käufer kommen zu der Überzeugung, daß sie betrogen sind und kein Männchen, sondern ein Weibchen gekauft haben, das höchstens einige Silbergroschen wert ist. Solche Betrüger sind in der Regel nach 24 Stunden schon wieder verschwunden, darum ist es so schwer, sie zur Verantwortung zu ziehen.

— Regierungsbefehl Posen. Die ordnungsmäßige An- und Abmeldung des Gesindes ist eine Anordnung, welche nicht allein im staatlichen Interesse, sondern auch in den wohlerwogenen Vortheilen der Privaten, insbesondere der ländlichen Grundbesitzer, eine hinreichende Begründung findet. Die Gesetzgebung hat noch als besonderes Kontrollmittel die Einführung von Gesindebüchern hinzugefügt, ein Mittel, welches wohl eigentlich dazu geeignet ist, die solidarischen Interessen des besitzenden Standes dem schlechteren Theile des Gesindes gegenüber zu wahren und zu kräftigen. Wenn trotzdem es zum öfteren vorkommt, daß Gesindebücher nicht geführt werden, so kann nicht dringend genug anempfohlen werden, sich dieses bequemen von der Gesetzgebung gebotenen Hilfsmittels zu bedienen, da sich nur hierdurch erwarten läßt, daß das Gesinde durch das in sein Dienstbuch eingetragene Beugnis eine nachhaltige und wohlverdiente Belohnung oder Bestrafung je nach seiner Führung in dem früheren Dienstverhältnisse davonträgt, und da auf diesem Wege eine allmäßige Besserung des schlechteren Theiles des Gesindes sich erreichen läßt. Die Verordnung vom 29. September 1846 macht überdies der Dienstverhältnisse bei Annahme des Gesindes die Kontrolle über den Besitz von Dienstbüchern, so wie bei der Entlassung die Eintragung eines vollständigen Beugnisses zur Pflicht, Gesinde, welches die Vorlegung des Dienstbüchens verweigert, kann von der Dienstherrschaft entweder sofort entlassen, oder der Polizeibehörde zur Be-





Rübel unverändert, loko 9½ R. Br., pr. Septbr.-Oktbr. u. Oktbr.-Novbr. 9 bz. u. Gd., April-Mai 9½ R. Br., ½ Gd.  
Spiritus fester, loko ohne Gas 19½ R. Br., pr. August-Sept. 18½ bz., Sept.-Oktbr. 18½, ½ bz., ½ Gd., Oktbr.-Novr. 17½ R. Br. u. Gd., Frühjahr 17½ R. Br. u. Gd.  
Angemelbet: 50 Wsp. Roggen.  
Regulierungspreise: Weizen 80½ R. Br., Roggen 53 R. Br., Rübel 9 R. Br., Spiritus 18½ R. Br.  
Petroleum loko 7½ R. Br., pr. Septbr.-Oktbr. 7, 6½ bz., 7 R. Br., Oktbr.-Novbr. 7 bz.

Breslau, 25. August. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]  
Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, pr. August 50 Gd., ½ R. Br., August-Sept. 50 Gd., Septbr.-Oktbr. 49½-50 bz. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 49½ R. Br., April-Mai 49½ R. Br., 49 Gd.  
Weizen pr. August 66 R. Br.

Gerste pr. August 53½ R. Br.

Häfer pr. August 48 R. Br., Septbr.-Oktbr. 47½ bz., April-Mai 50 bz., Raps pr. August 82 R. Br.

Rübel unverändert, loko 9½ R. Br., pr. August und August-Sepbr. 9½ R. Br., Sept.-Oktbr. 9-1/2 bz., 9 Gd., Oktbr.-Novbr. 9½ R. Br., Oktbr., Novbr. und Debr. im Verbande 9½ bz., Novbr.-Debr. 9½ R. Br., Debr.-Jan. 9½ R. Br., April-Mai 9½ R. Br.

Spiritus laufender Monat höher, loko 19½ bz. u. R. Br., 19½ Gd., pr. August 19½ bz. u. R. Br., August-Sept. 18½ bz. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17½ R. Br., Oktbr.-Nov. 17 bz., April-Mai 17½ R. Br.

Sinkt ohne Umlauf, Preise unverändert.

Die Börsen-Kommission.

(Bresl. Hdls.-Bl.)

## B i e b.

Berlin, 24. August. An Schlachtwiech waren auf hiesigem Viehmarkt heute zum Verkauf angekommen:

919 Stück Hornvieh. Die Buttriften waren bei weitem schwächer als vormalig auf den Markt gekommen (ca. 350 Rinder weniger) und da sich auch Kauflust zeigte, limitierten sich die Preise besser als am letzten Markttag; für 1. Qualität 18-19 R. Br., 2. 14-16 R. Br. und 3. 11-12 R. Br. pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

2794 Stück Schweine. Die feinste Qualität behauptete die vormalige gute Stimmung; bei den untergeordneten Qualitäten drückten sich die

## Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 25. August 1868.

### Preußische Fonds.

Gewilligte Anleihe	14½	97½ bz	G
Staats-Anl. v. 1859	103½	103½ bz	G
do. 1854, 55, A. 4½	95½ bz		
do. 1857 4½	95½ bz		
do. 1859 4½	95½ bz		
do. 1856 4½	96½ bz		
do. 1864 4½	95½ bz		
do. 1867 A.B.D. C 4½	95½ bz	[b]	Russ.-engl. Anl.
do. 1850, 52 conv. 4½	88½ bz	52½ 88½ bz	R. russ.-engl. Anl.
do. 1853 4½	88½ bz		do. v. 3. 1862
do. 1862 4½	88½ bz		do. 1864 engl. St.
Staatschuldabsch.	83½ bz		do. 1864 Holl. St.
Kurh. 40. Oktbr. Oktbr.	54½ bz		Präm.-Anl. v. 1864
Kur.-u. Neum. Schdl.	82 bz		Präm. Hypoth.-Bef. 4
Oderdeichsh.-Oktbr.	4½		Erste Präm. Hyp. 4
Berl. Stadtoblig.	5	103 bz	do. do. (Hofel.) 4
do. do.	4½	96½ bz	Russ.-Bodenfond. Pf.
Berl. Börs.-Oktbr.	3½	77½ bz	Polin. Schatz-Obl.
Kur. u. Neum.	3½	50½ bz	gr. 67½ bz fl. 66½ bz;
Ostpreußische	3½	78½ bz	do. Cert. A. 300 fl. 5
do. 4½	91½ bz	92 bz	do. Pfdsbr. in S. R.
Pommersche	3½	75½ bz	do. Part.-D. 500 fl. 97½ bz
Posenische	4	—	do. Liqu.-Pfandbr.
do. neue	4	85½ bz	Amerik. Anleihe
Sächsische	4	83½ bz	Bad. 4½% St.-Anl. 4½
Schlesische	3½	82½ bz	Neue Bad. 35½ Loosse
do. Lit. A.	4	—	Bad. 4½% Pr.-Anl. 4
do. neue	4	—	do. 4½% St.-A. v. 59 4½
Westpreußische	3½	76 bz	Braunf. Anl.
do. neue	4	83½ bz	Dessauer Präm.-Anl. 3½
do.	4½	91½ bz	do. 101 bz
Kur. u. Neum.	4	90½ bz	100½ bz etw. bz
Pommersche	4	90½ bz	Bremen Bank
Posenische	4	88½ bz	Coburg. Kredit.-Bt.
do. 4½	88½ bz	Danziger Prin.-Bt.	
Preußische	4	88½ bz	Darmstädter Kred.
Rhein.-Westf.	4	90½ bz	Bettel.-Bank
do. 4½	91 bz	Dessauer Kredit.-Bt.	
Breit. Hyp.-Cert.	4½	—	Dist. Kommand.
I. Pr. Hyp.-Pfdbr.	4½	89 bz	Generl.-Kredit.-Bt.
Preuß. do. (Henkel)	4	—	4½

### Ausländische Fonds.

Destr. Metalliques	5	51½ bz	Geraer Bank	4	96 bz	V.S. IV. S.v. St. g. 4½	94½ bz	do. Schuja-Ivan.	5	78 G	Rechte Oder-Uferb.	5	81½ bz	
do. National-Anl.	5	55½ bz	Gwrbk. H. Schuster	4	101½ bz	do. VI. Ser. do.	4	82½ bz	do. Warch.-Teresp.	5	—	do. do. St.-Pr.	5	92½ bz
do. 250fl. Pr. Oktbr.	4	63½ bz	Gothaer Priv.-Bt.	4	91½ bz	Bresl.-Schw.-Fr.	4½	—	v. St. gar.	5	76½ G fl. 77½ bz	Rheinische	4	117½ bz
do. 100fl. Kred. L.	4	81 etw bz	Hannoverische Bank	4	81½ bz	Cöln-Crefeld	4½	—	do. Lit. B.v. St. g. 4	4	82½ bz	Wiederk.	—	bedekt. Ni. Regen
do. 5pct. (1860) 5	74½ bz ult. 75½	Königl. Prin.-Bt.	4	111 G	Cöln-Mind. I. Em.	4½	98 bz	Stargard.-Posen	4	—	do. Stamm.-Pr.	4	—	
do. Pr.-Sch. v. 64	57½ bz [75 bz	Leipziger Kred.	4	106½ bz	do. II. Em.	5	102 bz G	do. II. Em.	4½	91½ G	Rhein.-Nahebahn	4	29½ bz	
do. Silb. Anl. v. 64	61½ bz	Mettinger Kredit.	4	99½ etw bz	do. III. Em.	4	83½ bz	do. III. Em.	4½	91½ G	Russ.-Eisenb. v. St. g.	5	84½ bz	
do. Silb. Pfandbr. der	75 bz	Moldau Land.-Bt.	4	20 bz vll 61½ et	do. IV. Em.	4	82½ bz G	do. II. Ser.	4½	95½ G	Stargard.-Posen	4½	94½ bz	
Norddeutsche Bank	4	123½ G	Norddeutsche Bank	4	123½ G	do. V. Em.	4	82½ bz	do. III. Ser.	4	87½ G	Thüringer	4	139 G
Depr. Kreditbank	5	95½ bz ult.	Postm. Ritterbank	4	87 etw bz [94½-95½	do. IV. Em.	4	89 bz	do. IV. Ser.	4½	95½ G	do. 40%	5	123 bz B
Russ. d. Steigl. Anl.	5	70½ G	Prämer. Prov. - Bt.	4	101½ bz [-94½ bz	Gesell.-Oderb. (Wilh.)	4	83 G	do. B. gar.	4	82 G	Warschau-Terespol	5	77 G
do. 6. do.	5	79½ G [52½ bz	Preuß. Bank-Ant.	4	155 G	Cöln.-Carl-Lubnab.	5	—	do. Wiener	5	59½ bz	do. Bromb.	4	55½ bz
Rostoder Bank	4	114½ bz	Rostoder Bank	4	114½ bz	Lemberg.-Czernowitz	4	31½ bz	Gold, Silber und Papierge	—	—	Gold	—	113½ G
Sachsenb. Bank	4	115½ bz	Sachsenb. Bank	4	115½ bz	Alsenbahn v. St. g.	4	—	Kronen	—	—	Kronen	—	9. 10½ bz G
do. 1864 engl. St.	5	88 etw bz	Schles. Bankverein	4	116½ bz	Amsterdm.-Roterd.	4	101 G	Bergisch.-Märkische	4	134½ bz	Bergisch.-Märkische	4	111½ bz
do. 1864 Holl. St.	5	87½ G	Türkinger Bank	4	72½ bz G	do. 1865	4½	94½ bz	Berlin.-Anhalt	4	197½ bz	Berlin.-Anhalt	4	—
Bereinsbank Hamb.	4	112 G	Bereinsbank Hamb.	4	112 G	do. Wittenb.	3	68½ bz	Berlin.-Görlitz	4	74½ bz	Berlin.-Görlitz	4	6. 24½ bz G
Weimar. Bank	4	90 G	Weimar. Bank	4	90 G	do. 1866	4½	94½ G	do. Stamm.-Prior.	5	94 G	Napoleonsd'or	5	12½ bz
Großher. Carl-Ludwig	5	155 G	Großher. Carl-Ludwig	5	155 G	do. II. S. fl. 62½ tr.	4	—	Imp. p. Spfd.	4	465½ bz	Dollars	—	1. 12½ bz
do. Nikolai.-Oblig.	4	87 G	Galiz. Carl-Ludwig	5	155 G	do. I. II. Ser.	4	87½ bz	Berl.-Potsd.-Magd.	4	192½ bz	Silber pr. Spfd.	—	29 23½ G
do. Russ.-Bodenfond. Pf.	4	82½ bz	Galiz. Carl-Ludwig	5	155 G	do. conv. III. Ser.	4	83½ etw bz B	Berl.-Stettin	4	132½ bz	R. Säds. Kass.-A.	—	99½ bz
do. do.	4½	77½ bz	Alsenbahn v. St. g.	4	—	do. do. fall. 1877/86	91 G	—	Böh. Westbahn	5	68 G	Fremde Noten	—	99½ bz
Berl. Börs.-Oktbr.	3½	50½ bz	do. 300 fl. 5	do. 1865	4½	do. do. fall. 1877/86	91 G	—	Bresl.-Schw.-Fr.	4	118½ bz	Do. (einl. in Leipa.)	—	99½ bz
Kur. u. Neum. Schdl.	3½	82 bz	do. 500 fl. 97½ bz	do. 1865	4½	do. do. fall. 1877/86	91 G	—	Brieg.-Neiße	4	95½ bz	Do. Banknoten	—	89½ bz
Oderdeichsh.-Oktbr.	4½	—	do. 1864 engl. St.	5	82½ bz	do. 1866	4½	99½ bz	Cöln.-Minden	4	128½ bz	Wohl. Bankbillets	—	—
Berl. Stadtoblig.	5	103 bz	do. 1864 Holl. St.	5	82½ bz	do. 1866	4½	99½ bz	Cöln.-Odb. (Wilh.)	4	112½-11½ bz	Russische do.	—	83½ bz
do. do.	4½	96½ bz	do. 1864 Holl. St.	5	82½ bz	do. 1866	4½	99½ bz	do. do. (Lit. A. 4½)	5	107 bz	Industrie - Aktien.	—	—
Berl. Börs.-Oktbr.	3½	77½ bz	do. 1864 Holl. St.	5	82½ bz	do. 1866	4½</td							